Mittwoch, 20. September 1922. **Einzelnummer 50 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 212.**

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt . . . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher:
4246, 2273, 3110, 3249.
Tel.-Adr.: **Tageblatt Posen.**
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und -Angebote . . 40.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
" " Reklameteil 35.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Wie werden die Wahlen ausfallen?

Einige der polnischen Blätter versuchen, jetzt schon den angefähren Ausgang der Sejmwahlen zu prophezeien. Sie gehen dabei von der zahlenmäßigen Stärke der Parteien und den Wahlbündnissen der letzten Zeit aus und kommen, so verschieden ihre Prophezeiungen im einzelnen ausfallen mögen, übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß der künftige Sejm ganz anders aussehen wird als der jetzige, der „verfassunggebende", daß er eine ganz neue Verteilung der Kräfte darstellen wird.

Betrachtet man die einzelnen Landesteile, dann darf man wohl folgendes über den mutmaßlichen Ausgang des Wahlkampfes sagen:

Im ehemaliger Kongreßpolen will die Nationaldemokratie einen großen Kampf um ihr „Sein oder Nichtsein" führen. Mit einem mächtigen Apparat bewaffnet, ist sie angetreten. In allen Kreisstädten hat sie Wahlbureaus gebildet, hält sich in jedem Kreise einige gut bezahlte Agitatoren und bekämpft in Versammlungen ihre Gegner nicht nur mit geistigen Waffen. Bei den Bauern bewirkt diese Taktik nicht selten gerade das Gegenteil dessen, was sie erreichen soll; denn die Bauern als bedächtiges und ruhiges Element vermögen jeden Redner ruhig anzuhören. Und wenn Versammlungen durch Gewalt auseinandergesprengt werden, so sehen sie das als Furcht der Auseinandersprengenden vor den Beweisgründen der Wahrheit an. Die Nationaldemokratie ist auf dem Lande außerdem unter Vermittlung der Geistlichkeit, der Gutsbesitzer, der Gemeindeschreiber und der Staatsbeamten tätig. Ihr Einfluß ist jedoch nicht so stark, wie es scheint. Die Stütze der Nationaldemokratie sind hauptsächlich die kleinen Provinzstädte, wo ein starker Antagonismus gegenüber den Bauern herrscht, die angeblich ihre Koffer mit Dollars ausgestopft haben sollen. In größeren Städten dagegen, besonders in Fabrikstädten, wird der nationaldemokratische Einfluß durch den Einfluß der Sozialisten bzw., wie in Lodz und im Industriegebiet, der Nationalen Arbeiterpartei neutralisiert. Eine Ausnahme bildet Warschau, wo der Einfluß der Nationaldemokraten noch sehr stark ist, obwohl er im Vergleich zu Beginn des Jahres 1919 bedeutend geringer geworden ist. Von den Arbeiterparteien hat im allgemeinen die Sozialistische Partei die meisten Aussichten. Sie hat den Verband der Landarbeiter in ihren Händen. Deshalb wird sie in der Lage sein, in jedem Wahlbezirk ein Mandat durchzubringen, besonders dort, wo große Güter sind. Die Nationale Arbeiterpartei kann auf Mandate in Lodz und im Bergwerksgebiet rechnen. Von den Volksparteien sind in Kongreßpolen die Witospartei und die Wyzwolenie-Gruppe tätig. Zwischen diesen beiden spielt sich ein Kampf um den Besitz der Dörfer ab. Die Wyzwolenie-Gruppe hat im großen ganzen den größten Einfluß im Lubliner Gebiet, besonders im Gebiet von Kielce, sowie in einigen Kreisen der Wojewodschaft Lodz, beispielsweise in Radom, Sieradz, Wieluń, Tschenstochau und Kalisch. In der Wojewodschaft Warschau sind sie verhältnismäßig schwach. Der Einfluß der Witospartei konzentriert sich hauptsächlich auf einige Kreise der Wojewodschaft Kielce, wie Kozienice, Radom, Opoczno, Iłża, Kielce, Pińczów und Miechów, ferner in den meisten Kreisen der Wojewodschaften Lodz und Warschau, sowie in einigen Kreisen des Białystoker Gebiets, zum Beispiel Łomża, Ostrołęka und Kolno, wo auch die Wyzwolenie-Gruppe mit geringeren Aussichten tätig ist. Hierbei sei festgestellt, daß die Bauern im großen ganzen den Kampf der beiden Volksparteien nicht gerade wohlwollend ansehen und sich darüber klar sind, daß er nur der Rechten zugute kommt. Was die Skulski-Gruppe betrifft, so kann man schon fast sicher sagen, daß sich in das, was sie sich bisher erarbeitet hat, andere Parteien teilen, in erster Linie die Nationaldemokraten und die Witospartei. Die Skulski-Gruppe kann lediglich in folgenden Kreisen auf eine gewisse Anzahl von Mandaten rechnen: Tschenstochau, Radom, Kalisch, Koło, Konin und Białystok. In der Wojewodschaft Lublin ist sogar ein einziges Mandat der Gruppe zweifelhaft.

Das Posener Gebiet wird zum überwiegenden Teile von der Nationalen Arbeiterpartei und den Christlich-Demokraten beherrscht. In wenigen Kreisen des Posener Gebiets hat die Polnische Volkspartei einen gewissen Einfluß erlangt. Der Sozialistischen Partei ist in den Kommunisten eine bedenkliche Konkurrenz entstanden.

In Pommerellen besitzt die Nationale Arbeiterpartei überwiegenden Einfluß. Starken Einfluß besitzen auch die Christlich-Demokraten. Die Nationaldemokratie hat sowohl im Posener Gebiet als auch in Pommerellen viel zugunsten der beiden oben angeführten Parteien verloren.

Die Ostmarken bilden bezüglich der Resultate der Wahlaktion bisher ein vollkommenes Rätsel. Alle in diesem Gebiete tätigen politischen Parteien haben sich auf die Grenzmarken wie auf ein „gelobtes Land" geworfen. Dort arbeiten: die Skulski-Gruppe, hauptsächlich östlich von Białystok und Brest-Litowsk; die Volksräte, durch die frühere Organisation der Grenzwehr verstärkt; die Polnische Volkspartei und die Wyzwolenie-Gruppe, die dort ihre eigenen Agitationsmethoden anwendet, zum Beispiel die Herausgabe von Aufrufen in russischer Sprache gegen die Kolonisierung der Grenzmarken durch polnische Bauern. Zurzeit ist es schwer, die Resultate der Wahlaktion in den Grenzgebieten abzusehen, besonders infolge der großen Unwissenheit und der politischen Unerfahrenheit der dortigen Bevölkerung. Der Name des Staatspräsidenten Josef Piłsudski erfreut sich in den Ostgrenzgebieten einer ungeheuren Popularität, und es darf als vollkommen sicher angesehen werden, daß die zum Wahlkampf antretenden Parteien unter der Losung seines Namens den größten Erfolg davontragen werden.

Westgalizien bildet mit Ausnahme der Städte eine absolute Domäne der Witos-Partei, besonders nachdem ein Wahlbündnis mit der Stapiński-Gruppe zustande gekommen ist. Die Sozialistische Partei kann dort nur auf einige Stadt- und Industriebezirke rechnen. Die Lage der Wahlverhältnisse in Ostgalizien ist noch vollkommen unklar; sicher ist jedoch, daß ein beträchtlicher Teil der ruthenischen Bevölkerung entgegen der Haltung von Petruszewicz und der mit ihm verbundenen Gruppen an den Wahlen teilnimmt. Von den Parteien, die dort beträchtliche Aussichten haben, müssen erwähnt werden: die Polnische Volkspartei, die Sozialistische Partei und die Nationaldemokratie, die dort in den Städten gewissen Einfluß hat.

Auf Grund der bisher angestellten Berechnungen kann als wahrscheinlich angesehen werden, daß im künftigen Sejm vier ungefähr gleich starke Hauptgruppen sitzen werden: Block der Rechten, Mittelparteien, Linke, Block der Minderheiten. Mit dem Zustandekommen einer absoluten Mehrheit kann also nicht gerechnet werden, und es ist sehr leicht möglich, daß in vielen Fragen der Ausgang der Abstimmung von der Haltung einer einzelnen dieser vier Hauptgruppen, also auch des Minderheitenblocks, abhängen wird. Es wird angenommen, daß der Minderheitenblock im Sejm ungefähr 90 Abgeordnete umfassen wird. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß er stärker sein wird, — wenn jeder stimmberechtigte Wähler, der einer der nationalen Minderheiten angehört, unbeirrt seine Pflicht tut, eingedenk der politischen und historischen Bedeutung dieser Parlamentswahlen.

Vor den Wahlen.

Die Analphabeten boykottieren die „Intelligenz".

Der „Kurjer Warsz." schreibt: „Von der geistigen Höhe einiger Wahlausschüsse zeugt eine uns aus der Gegend von Puławy zugegangene Nachricht. nach der sich im Protokoll der ersten Sitzung des Bezirkswahlausschusses Nr. 28, Gemeinde Oblassy, Kreis Kozienice, folgender Absatz befindet: „Das von der ersten Verwaltungsinstanz ernannte Ausschußmitglied ist nicht anwesend, und es ist infolge von Fehlern in der „Bekanntmachung" nicht bekannt, wer es ist. Der Ausschuß stellt die traurige Tatsache fest, daß im ganzen Ausschuß nur eine Person ist, die gut schreiben kann, und zwar der Vorsitzende, also müssen die Arbeiten des Ausschusses darunter leiden." Aus derselben Gegend wird uns berichtet, daß die Ansiedlung Janów eine ganze Reihe von Vertretern der „Intelligenz" besitzt, z. B. einen Apotheker, einen Feldscher und zwei Geistliche, einen Organisten und einige Kaufleute; aber der Gemeinderat hat trotz der Weisungen des Gemeindeamtes nur die „Seinigen" gewählt. In der Gemeinde Oblassy sind 14 Lehrer und Lehrerinnen, und keiner von ihnen ist in den Wahlausschuß gewählt worden. Die Intelligenz wird tatsächlich boykottiert."

Die Hauptkandidaten der Linken.

Warschau, 19. September. Die Listen der Wyzwolenie-Gruppe und der Linken der Polnischen Volkspartei, die vor kurzem zu Händen des General-Wahlkommissars eingereicht worden sind, tragen an ihrer Spitze folgende Namen: Thugutt, Stolarski, Putek und Wożnicki.

Die Heimkehr des Staatspräsidenten.

Warschau, 19. September. Der Staatspräsident kehrte heute nach Warschau zurück und wurde von der Bevölkerung der Stadt festlich begrüßt. Schon vom frühen Morgen an drängte sich die Menge auf der Straße und füllte bald den ganzen Platz vor dem Bahnhof, die Marszałkowska und die Jerusalemer Allee. Auf dem Bahnhof wurde eine Ehrenkompagnie mit einer Militärkapelle aufgestellt. Als Vertreter der Armee erschien der stellvertretende Stadtkommandant Rudkowski. Ungefähr um ½11 Uhr vorm. erschienen auf dem Bahnhof die Mitglieder der Regierung mit dem Ministerpräsidenten Nowak an der Spitze, die Mitglieder der Diplomatie, die Vertreter des Außenministeriums, der kommandierende General Kuliński, der Regierungskommissar Bożemski, der Polizeihauptkommandant Hoszowski, der Kommandant der städtischen Polizei Sikorski, der Eisenbahndirektionspräsident Mikulski, Vertreter der Presse und viele andere. Kurz vor 11 Uhr lief der Zug des Staatspräsidenten unter den Klängen der Nationalhymne in den Bahnhof ein. Von den Mitgliedern der Regierung begrüßt, verließ der Staatspräsident in Begleitung des Außenministers Narutowicz den Wagen und begab sich, nachdem er die Front der Ehrenkompagnie abgeschritten hatte, in die Empfangsräume des Bahnhofs, wo ihn die Mitglieder des diplomatischen Korps begrüßten. Nach kurzer Unterhaltung fuhr der Staatspräsident, von begeisterten Zurufen der versammelten Menge begleitet, nach dem Belvederepalast.

Polen und Rumänien.

Warschau, 19. September. „Przegląd Wieczorny" veröffentlicht eine Unterredung seines Korrespondenten mit dem rumänischen Außenminister Duca. Er stellt fest, daß der Besuch des Marschalls Piłsudski ein Beweis für die festgelegten freundschaftlichen Beziehungen beider Völker sei; Minister Duca erklärte, daß das Verhältnis Polens und Rumäniens zur kleinen Entente seinen deutlichen Ausdruck schon im Verlaufe der Genuakonferenz gefunden habe. Über das Verhältnis zu Sowjetrußland bemerkte der Außenminister Duca, daß er immer bereit gewesen sei, sogar einen Dauervertrag mit Sowjetrußland abzuschließen, der die gegenseitige Garantie dafür bietet, daß kein Angriff von beiden Seiten erfolgen werde. Diese seine Ansicht hat er schon vorher Litwinow mitgeteilt und ihm erklärt, daß er bereit sei einen Vertrag abzuschließen unter der Bedingung, daß die Grenze des Dniestr nicht in Frage gestellt werde. Am Schlusse der Unterredung erklärte Duca, daß beide Regierungen danach streben, daß die politischen Verträge zwischen Polen und Rumänien durch enge wirtschaftliche Verträge vervollständigt werden. Das rumänische Parlament hat die Handelskonvention mit Polen schon angenommen. Die Verbesserung des Transitverkehrs gibt die Möglichkeit, voll Vertrauen in die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung beider Völker zu blicken.

Kein Vertrag über Ostgalizien und Beßarabien.

Warschau, 19. September. Eine hervorragende Persönlichkeit aus der Umgebung des Staatspräsidenten während dessen Reise nach Sinaia hat dem Korrespondenten eines polnischen Blattes eine Unterredung gewährt und ihm erklärt: Es ist kein Vertrag über die gemeinsame Behandlung der Probleme Ostgaliziens und Beßarabiens abgeschlossen worden.

Der Reichsbankdirektor unterschreibt Schatzwechsel.

Garantie durch die Bank von England.

Der „Danziger Zeitung" wird aus Berlin unter dem 18. September gemeldet: Der Reichsbankpräsident Havenstein ist heute aus London zurückgekehrt hat sofort am Vormittag dem Reichskanzler über seine Verhandlungen mit der Bank von England Bericht erstattet. Am Nachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der auf Grund der Ergebnisse Havensteins die Antwortnote an Belgien wegen der deutschen Schatzwechsel beraten wurde. Havenstein, der dem Kabinettsrate beiwohnte, gab namens der Reichsbank die offizielle Erklärung ab, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatigen Wechsel für Belgien, die vom 15. Februar bis zum 15. Juni 1923 laufen, mit der Unterschrift ihres Präsidenten zu versehen. Das Reichskabinett beschloß, dies der belgischen Regierung sofort mitzuteilen. Wenn auch über die Verhandlungen Havensteins mit der Bank von England nichts von amtlicher Seite bekannt gegeben wird, so ist es, wie wir erfahren, als sicher anzunehmen, daß die Londoner Reise ein Erfolg war. Die Bank von England wird binnen 6 Monaten nach Ausgabe der deutschen Schatzwechsel, also am 15. Juni 1923 dieselben übernehmen und von der Reichsbank wiederum eine Garantie dafür binnen 18 Monaten erhalten. Die Vereinbarungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank bedeuten eine rein banktechnische Maßnahme. Man glaubt, daß die belgische Regierung mit dieser Lösung zufrieden sein wird.

Eisenbahntariferhöhungen in Deutschland.

Berlin, 18. September. (Tel.-Un.) In einer Sitzung des Reichseisenbahnratsausschusses wurde von der Verwaltung aus den in der Presse bereits mitgeteilten Gründen die geplante Erhöhung der Güter- und Personentarife für erforderlich erklärt. Der Reichsverkehrsminister hat daraufhin bestimmt, daß die Gütertarife vom 1. Oktober um 100 v. H., unter Einrechnung der bereits vorgesehenen 33⅓ v. H., die Personentarife vom 1. Oktober um 100 v. H. der Oktobertarife erhöht werden. Er hat damit entgegen der dem Ausschusse des Reichseisenbahnrates vorgelegten Vorlage den vom Ausschuß geltend gemachten Bedenken Rechnung getragen und eine geringere Erhöhung insbesondere bei den Gütertarifen vorgenommen, als er an sich für notwendig erachtet; da diese Sätze aber zur Deckung der aus den im Monat Oktober entstehenden Ausgaben keinesfalls ausreichen werden, so wird deshalb in kürzester Zeit eine Erhöhung der soeben festgelegten Sätze erforderlich werden. Der Reichsverkehrsminister ist entschlossen, unter allen Umständn für Deckung der Ausgaben zu sorgen, und kann nicht zulassen, daß die Rechnung der Reichseisenbahn wieder mit einem Fehlbetrag abschließt.

Die orientalische Frage.

Auflösung der griechischen Nationalversammlung.

Athen, 19. September. Am Sonntag ist die Nationalversammlung aufgelöst worden. Zu gleicher Zeit wurden Neuwahlen ausgeschrieben.

Englischer Ministerrat.

London, 19. September. In Chequers fand am Sonntag eine Beratung des Ministerpräsidenten Lloyd George mit den Ministern Chamberlain, Birkenhead, Worthington, Evans, Horne und Churchill über die türkische Frage statt. Am Montag fand ein Kabinettsrat in London statt.

Englische Truppen an den Dardanellen zur Verteidigung bereit.

London, 19. September. Die „Morningpost" meldet aus Konstantinopel, daß sich das englische Fußvolk in der Nähe von Kanak verschanzt, um auf eine Verteidigung der Dardanellen und einen etwaigen Angriff der Kemalisten vorbereitet zu sein.

Frankreich und Italien lassen Kemal Pascha freie Hand.

Paris, 19. September. „Matin" berichtet, daß das englische Kabinett die Erklärung der französischen Regierung bezüglich der Meerengen falsch aufgefaßt habe. Die französische Regierung hat nicht die Absicht, an einer militärischen Demonstration gegenüber den Kemalisten teilzunehmen. Aus Rom treffen Nachrichten ein, welche besagen, daß die italienischen Truppen nicht zur Verteidigung der neutralen Zone am Bosporus abgesandt werden sollen. „Le Petit Parisien" betont, daß man der Türkei Thrazien und Adrinopel belassen müsse. „Liberté" weist auf den Gegensatz zwischen den Aussprachen über die Abrüstungsfrage in Genua und der Aufforderung der englischen Regierung zu einem neuen Kriege gegen die Türkei hin.

Der englische General Townshend erklärte öffentlich, daß England freiwillig Konstantinopel räumen müsse, anderenfalls könne der Siegeszug Kemal Paschas ein Signal zum Beginn des heiligen Krieges für die mohammedanische Welt werden. In Arabien,

Persien, Afghanistan, Indien, Ägypten und Südafrika sind bedeutende Anzeichen für Unruhen vorhanden.

London, 19. September. „Times“ berichten, daß die italienische Regierung die englische Regierung dahin benachrichtigt habe, daß sie an keiner Aktion gegen Kemal Pascha teilnehmen könne.

London, 19. September. Gewisse führende Kreise glauben nicht an die Absendung von südafrikanischen Truppen nach den Dardanellen.

Der Brand von Smyrna.

London, 18. September. (Tel.-Un.) Die Presse unterstützt die Meinung des Kabinetts, daß alsbald eine Konferenz zur Besprechung der Friedensbedingungen einberufen werden müsse. Offizielle Berichte bestätigen inzwischen, daß fast ganz Smyrna vom Feuer zerstört ist. Die Blätter ergänzen auf Grund von Flüchtlingserzählungen diese Berichte durch lange Beschreibungen. Ein Haufe von Toten werde jetzt den Hintergrund der bevorstehenden Konferenz abgeben.

Die Griechen als Brandstifter?

Rom, 18. September. (Tel.-Un.) Nach einem Funkenbericht des Admirals Pepe geht in Smyrna das Gerücht, daß der Brand, der die ganze Altstadt einäscherte, nicht von den Türken, sondern von den Griechen angelegt wurde. Die Entrüstung über das Verbrechen ist im Lande ungeheuer. Die Presse fordert strengste Untersuchung zur Ermittelung der wahren Schuldigen. Für die Bergung der 12 000 Köpfe zählenden italienischen Kolonie sowie der übrigen Kolonien wird von den Mannschaften der in Smyrna eingetroffenen Schiffe das Menschenmöglichste geleistet, leider nicht mit dem der großen Not entsprechenden Erfolg.

Vom Völkerbund.

Völkerbundsvermittelung in Kleinasien.

Genf, 19. September. Die gestrige Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung beschäftigte sich mit einem Schreiben von Dr. Frithjof Nansen, in welchem er wünscht, daß das Völkerbundshilfswerk in Konstantinopel für die russischen Flüchtlinge, auch auf die griechischen und armenischen Flüchtlinge, die in großer Zahl aus Smyrna kommen, zur Verfügung stellen wolle. Das Schreiben verlangt ferner, daß der Völkerbund gemäß Art. 11 des Völkerbundpaktes seine Dienste den alliierten Mächten zur Verfügung stellen möchte, um die Feindseligkeiten auf dem griechisch-türkischen Kriegsschauplatz einzustellen. Der Antrag Nansens hat in der Völkerbundsversammlung eine starke Wirkung gehabt. Seine Forderung auf Ausdehnung des Hilfswerks auf die griechischen und armenischen Flüchtlinge wurde genehmigt, und es wurden hierzu 100 000 Franken zur Verfügung gestellt. Die andere Frage wurde einer Kommission zur Begutachtung vorgelegt. Die Völkerbundsversammlung beschäftigte sich in den Kommissionen noch mit den litauischen Anklagen gegen Polen, ohne weiter zu einem Ergebnis zu kommen.

Protest gegen die Enteignung deutscher Besitztümer in der Tschechoslowakei.

Genf. 18. September. (Telunion.) Mehrere deutsche Städte, Gemeinden und Vereine in der Tschechoslowakei haben an den Völkerbund eine Eingabe gerichtet, in der sie gegen die Enteignung deutscher Besitztümer protestieren. Ferner hat auch der Verband deutscher Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei dem Völkerbund eine Beschwerde gegen die Verstaatlichung deutscher Wälder überreicht.

Der Kampf um die Wahrheit bei den deutschen Sozialisten.

Auf einer Versammlung beider sozialistischen Parteien und der Berliner Gewerkschaften gegen die Teuerung sprach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendermaßen:

„Nur die Beeinflussung des Auslands zur Stabilisierung unserer Valuta kann uns die Besserung bringen. Wir haben deshalb unseren gesamten internationalen Einfluß aufgeboten und selbst in Frankreich Maßnahmen zwecks eines Umschwunges der öffentlichen Meinung und der Regierungshaltung ergriffen. Ein Verbrechen aber ist es, das deutsche Volk glauben zu machen, daß es in seiner eigenen Kraft liege, sich aus diesem Wirrwarr befreien zu können. **Kein Kongreß, kein Generalstreik, selbst nicht die völlige Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Proletariats könnte dieses gewünschte Ergebnis haben. Wir müssen deshalb den Bruderzwist aufgeben und uns hinter das Programm des Möglichen stellen. Mann für Mann!**“ Die Ausführungen Graßmanns wurden mit wachsender Unruhe begleitet. Nachdem er geschlossen hatte, kam es zu minutenlangen Lärmszenen.

Die radikalen Elemente sträuben sich natürlich energisch gegen diese Erkenntnis, die ihrer ganzen Tätigkeit den Boden entzieht.

Der Mehrheitssozialist Oberpräsident Hörsing wollte in Eisleben in einer Parteiversammlung sprechen. Im Verlaufe des Vortrages wurden die Straßenfront des Hauses sowie die Eingänge von Kommunisten besetzt, schließlich wurde der Saal gestürmt, und Hörsing mußte mit den anwesenden Mehrheitssozialisten die Versammlung fluchtartig verlassen.

Die Einigung der beiden sozialistischen Parteien.

Am Sonntag begann der Sozialdemokratische Parteitag in Augsburg. Nach wenigen Tagen folgt ihm der Parteitag der Unabhängigen in Gera, und am nächsten Sonntag wird dann der Einigungs-Parteitag der beiden großen sozialistischen Gruppen in Nürnberg erfolgen, aus dem die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (V. S. P. D.) hervorgehen wird. Das Ereignis, das unleugbar für die Entwickelung der politischen Parteien Deutschlands größte Bedeutung hat, wird von der sozialistischen Presse bereits von vornherein überschwänglich gefeiert und dem historischen Pareitag in Gotha, auf dem seinerzeit die Vereinigung der Anhänger Lassales und Karl Marx' unter Führung des alten Bebel erfolgte, zur Seite gestellt.

Sowjetrußland.

Eine Tragödie Trotzkis.

Berlin. 17. September. Aus Helsingfors wird berichtet, daß Trotzki eine Tragödie unter dem Titel „Zwei Welten“ vollendet habe. Das Drama wird in Kürze aufgeführt werden.

Niedergang der Sowjetvaluta.

Riga. 17. September. Aus Moskau wird über einen großen Niedergang der Sowjetvaluta in den letzten Tagen berichtet. Ein Pfund Sterling, welches 39 Millionen Sowjetrubel kostete, kostet augenblicklich 44 Millionen Sowjetrubel.

Die Sowjets zur Hilfe für die Türkei bereit.

Riga, 18. September. Hier wird aus englischen Quellen berichtet, daß in einer außerordentlichen Sitzung, die anläßlich der Kemalisten-Siege einberufen wurde, die Sowjetregierung beschlossen habe, ihre Truppen aus dem Kaukasus nicht zurückzuziehen, und weiter die Mobilisierung der Schwarzmeerflotte durchzuführen, um auf das erste Zeichen der Kemalisten in Bereitschaft zu sein.

Ablehnung einer amerikanischen Prüfung der russischen Verhältnisse.

Wien, 18. September. Die „Neue Freie Presse“ berichtet: Die amerikanische Regierung wandte sich an die Sowjetregierung mit der Bitte, eine offizielle Kommission nach Rußland zwecks Prüfung der dortigen Verhältnisse absenden zu dürfen. In Verbindung hiermit begab sich der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten zu dem amerikanischen Botschafter, um diesem Antwort auf den obigen Vorschlag zu erteilen. Tschitscherin erklärte, daß es der Sowjetregierung unmöglich sei, die Erlaubnis zur Einreise eines amtlichen amerikanischen Untersuchungsausschusses nach Rußland zu geben; sie sei jedoch bereit, jeder amtlichen Kommission, die in Rußland eintrifft, jegliche Erleichterungen zu gewähren. Der amerikanische Botschafter erwiderte darauf Tschitscherin, daß es ihm nicht möglich sei, im Namen seiner Regierung einen anderen Vorschlag zu machen, und daß er die angeschnittene Frage für erledigt erachten müsse.

Politische Tagesneuigkeiten.

Einstimmige Aufnahme in den Völkerbund. Die sechste Kommission des Völkerbundes genehmigte heute einstimmig das Aufnahmegesuch Ungarns in den Völkerbund.

Bevorstehender Kabinettwechsel in der Tschecho-Slowakei. Nach hier eingelaufenen Nachrichten ist ein Kabinettswechsel in der Tschecho-Slowakei so gut wie sicher. Ministerpräsident Benesch wird wahrscheinlich Außenminister bleiben und Raschin, der schon seinerzeit die tschechische Währungsreform durchgeführt hat, dürfte wieder Finanzminister werden. Man erwartet von ihm ein neuerliches Eingreifen in Währungsfragen.

Wieder eine baltische Konferenz. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober soll in Riga eine Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten mit Ausnahme von Litauen stattfinden.

Die Japaner verlassen die nördliche Mandschurei. Aus Tokio wird gemeldet, daß die letzten Abteilungen der japanischen Truppen die Nordmandschurei verlassen haben.

Eine Weltumsegelung innerhalb zwei Jahren. Die Jacht „Fidra“ ist Montag abend nach vollendeter Weltumsegelung in Karlskrona in Schweden wieder angelangt. Die Jacht verließ Karlskrona am 23. September 1920.

Freistaat Danzig.

*† **Zwangswirtschaft für Käse.** Der Wirtschaftsausschuß des Danziger Volkstages hat die Zwangsbewirtschaft für Käse beschlossen. Der Verkauf von Käse erfolgt nunmehr auf Karten.

*† **Die polnische Sprache im Danziger Gerichtswesen.** Im Rechtsausschuß des Danziger Volkstages haben die Beratungen über den Gesetzentwurf betreffend die Rechte der polnischen Sprache im Danziger Gerichtswesen begonnen. Die polnische Fraktion hat eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt.

Das Gerichtswesen in Polen.

In einer Unterredung mit Vertretern der Presse gab der Justizminister ein Bild er bisherigen Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des polnischen Gerichtswesens. Er sagte:

„Die Gerichtsorganisation des Jahres 1917 habe ich für nur vorläufig gehalten. Ich nahm nicht an, daß die Organisation sich ohne wesentliche Änderungen solange würde halten können. Unter den Bedingungen der Okkupation geschaffen, konnte sie sich nicht in der erforderlichen Weise entwickeln und alle organisatorischen Bedürfnisse befriedigen. Sie bestand jedoch die Probe und besteht heute noch, und nach dem Verlauf der Arbeiten an der neuen Gerichtsorganisation zu urteilen, wird sie noch einige Zeit bestehen müssen.

Die günstigsten Bedingungen lagen vor für Galizien, welches nicht nur seine frühere Gerichtsverfassung, sondern auch sein Justizbeamtenpersonal in vollem Umfange beibehielt und von wo ein großer Teil der für das ehemals russische Gebiet sowie für Posen, Pommerellen und für Schlesien notwendigen Richter und Justizbeamte entnommen wird.

Das ehemals preußische Gebiet, und vor allen Dingen Oberschlesien, bedurfte dieser Personalergänzung aus Galizien sehr. Denn dort, in Posen, Pommerellen und Oberschlesien, gab es zu wenige einheimische polnische Juristen, als daß ihre Zahl zur Besetzung aller Posten genügt hätte. Ihre Zahl war so gering, daß sogar Organisationsänderungen vorgenommen werden mußten, damit ausgebildete juristische Kräfte gespart werden konnten.

Das Ostgrenzgebiet und das Gebiet von Wilna waren in der Lage, ihren Bedarf an Richtern und Justizbeamten im Rahmen der Organisation, die wir in Kongreßpolen einführten, zum Teil mit Hilfe der aus Rußland zurückkehrenden polnischen Juristen zu decken.

Einen Abschluß des vorbereiteten Zeitabschnittes bildete die schon vor längerer Zeit vom Sejm beschlossene, aber jetzt erst eigentlich realisierbare Verlegung des bisherigen Posener Justizdepartements in die Warschauer Zentrale. Dieses Departement hat die schwere Aufgabe, der Organisierung des Gerichtswesens im Posener Gebiet und in Pommerellen und teilweise auch in Oberschlesien erfüllt. Jetzt hat es keine Daseinsberechtigung mehr. Daher habe ich seine Auflösung und die Verlegung seiner Amtsstellen nach Warschau für den 1. Oktober angeordnet.

Das wird in gewissem Maße eine Ergänzung des Warschauer Beamtenkörpers und eine gewisse Umgestaltung des Ministeriums zur Folge haben. So haben wir also nach fünf Jahren der Vorbereitungsarbeit endlich eine gemeinsame Justizverwaltung für die ganze Republik, und jetzt werden wir mit allen Kräften danach streben, daß diese Vereinigung nicht eine nur mechanische, sondern auch eine innere wird.

Will man das erreichen, dann ist natürlich ein bestimmter Tätigkeitsplan notwendig. Dieser Plan muß der Natur der Sache nach zwei Gebiete umfassen: Das Gebiet der Gesetzgebung und das Gebiet der Personalergänzung.

Was die Gesetzgebung betrifft, so bildet die Vereinheitlichung der Gesetzgebung in der Republik den Gegenstand der Arbeit des zu diesem Zweck geschaffenen Kodifikationsausschusses. Dieser Ausschuß, der unter der Leitung des Professors Ksawery Fierich steht, kann jetzt schon mit Genugtuung auf seine Vorbereitungsarbeiten zurückblicken. Er hat schon fertige Entwürfe vorgelegt, aber die gewaltige Größe der ihm anvertrauten Arbeit schließt eine schnelle Beendigung dieser Arbeit aus. Es handelt sich um eine vollständige Vereinheitlichung auf allen Gebieten der Justiz. Eine nur partielle Vereinheitlichung würde das Problem nicht lösen.

In einer Konferenz, die wir Ende August in Krakau mit dem Präsidium des Kodifikationsausschusses abhielten, wurden gewisse Änderungen in der Organisation der Tätigkeit dieses Ausschusses zum Zweck der Beschleunigung der Arbeit beschlossen. Trotzdem muß angenommen werden, daß diese Arbeiten noch viele Jahre dauern werden.

Aber das Leben wartet nicht und verlangt sofortige, wenn auch weniger vollkommene Ergebnisse.

Einige der dringendsten Entwürfe können nach meiner Ansicht schon jetzt dem Sejm vorgelegt werden, — Entwürfe, von denen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte in der Justizverwaltung und im Gerichtswesen abhängt.

In der letzten Sitzung des Ministerrates erwirkte ich den Beschluß einer Verordnung, die die Vereinheitlichung der Gesetzgebung in Zips und Orawa betrifft, wo bis jetzt die ungarischen Gesetze und das Gewohnheitsrecht gelten und wo die sofortige Vereinheitlichung im Interesse der dortigen Bevölkerung unbedingt notwendig ist.

Die Verfassung enthält eine Bestimmung über die Schwurgerichte. Bis jetzt sind solche Gerichte nur in Gali-

Danziger Kurse vom 19. September.

Die polnische Mark in Danzig 18—18½
Der Dollar in Danzig .... 1300—1350
Tendenz: sehr schwach.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(27. Fortsetzung.)

Dann richtete Wörland sich auf. „Also doch! Ich wollte es Ihnen nicht sagen, sie ist auch ohne mein Wissen nach Berlin, während ich nicht hier war; aber das, das hätte ich nicht erwartet! Woher wissen Sie es?“ — „Ich erhielt heute früh einen Brief aus Amsterdam, sie bittet mich, es Ihnen beizubringen.“ — „Sofort telegraphieren! Nein, ich reise.“ — „Zu spät! Fast gleichzeitig mit dem Brief kam ein Telegramm: der Dampfer ist gestern in See gestochen.“ — „Wo hält er? Ich will, ich —“ — „Halt, lieber Freund, keine neue Übereilung!“ Wörland stand still. „Das tut eine Magna Wörland! Pfui! Pfui!“

Der Justizrat trat an ihn heran und legte ihm die Hand auf die Schulter. Er war sehr ernst. „Nein, lieber Freund, die Schuld tragen Sie!“ — „Ich?“ — „Jawohl, Sie! Waren Sie nicht gleich maßlos? Mußten Sie, weil Ihnen der Kriminalkommissar Angst machte, gleich verdammen und den armen Menschen Hals über Kopf fortschicken? Ohne zu überlegen? Ohne ihn Abschied nehmen zu lassen? Zwangen Sie ihn nicht, das schlimmste und feigste Schuldbekenntnis zu geben, die Flucht? Wäre es nicht männlicher, kaufmännischer gewesen, der Gefahr die Stirn zu bieten, einem Gerichtsverfahren ruhig ins Auge zu sehen, wie er es wollte? Und nun kommt Ihre Tochter heim; sie liebt Magnus. Sie ist eine Wörland, die nichts halb tut; sie sieht, daß ihr Vater den Mann, von dessen Unschuld sie felsenfest überzeugt ist, einfach der Verdammnng preisgibt. Ist's da ein Wunder, daß auch sie übereilt handelt? Ich denke, der Hauptgrundsatz der Wörland ist, ein gegebenes Wort zu halten? Mit Ihrer Einwilligung hat sie Magnus das Wort gegeben, das ganze Leben mit ihm zu teilen, und jetzt verlangen Sie, daß sie es zwei Tage darauf bricht?“

„Wenn die Voraussetzungen sich so ändern?“ — „Wie oft sagten gerade Sie, „an einem gegebenen Wort darf man nicht tüfteln und deuteln.“ Lesen Sie den Brief Ihrer Tochter.“ — „Nein!“ „Lesen Sie ihn; es ist eine Freude, ihn zu lesen. Aus jeder Zeile spricht eine kluge, große Seele und eine tiefe Liebe.“ Wörland lachte bitter. „Liebe, natürlich, aber leider nicht zu ihrem Vater und ihrer Mutter. Zweiundzwanzig Jahre hat sie unsere Liebe empfangen, ein halbes Jahr kennt sie ihn, es wundert mich, daß Sie nicht fromm werden, Justizrat, und mir von dem schönen Bibelwort sprechen „Du sollst Vater und Mutter verlassen“ — ein frommes Mädchen, nicht wahr?“ — „Ich bitte Sie, lesen Sie den Brief.“ — „Nein!“ — „Sie schädigen sich, Wörland; wo ist der besonnene Kaufmann? Wieder mit dem Kopf durch die Wand? Sind Sie vertauscht? Sie haben vor zehn Minuten gesagt, daß Ihre Tochter einen angeborenen Takt für das Richtige habe, daß sie klug sei und überlegt; ich glaube —“

Wörland hörte nicht mehr, er ging in verbissenem Aerger auf und nieder. „Gut, mag sie wählen! Zwei Söhne, warum nicht auch noch die Tochter — für mich ist sie tot. Dreihundert Jahre ist eine lange Zeit; ich liquidiere die Firma, sofort! — Was soll ich mich plagen — und ziehe aus Bremen fort, gleich, wohin — weit, weit weg, wo man meine Schmach nicht kennt. Zwei Söhne auf dem Felde der Ehre, die Tochter in Schande! — „Halt, Wörland, das dulde ich nicht. Sie wollen nicht lesen? Tun Sie, was Ihnen beliebt; wenn Sie mich nicht hören wollen, gehen Sie zu Ihrer Frau.“— „Zu ihr? Wie soll ich es ihr sagen? Ich bin stark, sie nicht, sie überlebt es nicht; nie, nie!“

Wieder trat der Justizrat auf ihn zu. Wie einen Schwerkranken faßte er ihn an beiden Schultern, dann sagte er leise und mit Nachdruck: „Ihre Tochter hat den Segen ihrer Mutter auf ihre Reise mitgenommen —“ — „Jawohl, nach Berlin, mag sein.“ — „Nein, nach Buenos Aires!“ — „Nach —“ — „Nach Buenos Aires! Ihre Frau Gemahlin hat den Schritt gebilligt.“ — „Das ist nicht wahr —“ — „Ich pflege im allgemeinen nicht zu lügen.“ — „Verzeihen Sie, aber —“ — „Ihre Frau Gemahlin hat es mir vor einer halben Stunde selbst bestätigt. Ehe ich zu Ihnen kam, war ich auf Fräulein Magnas Wunsch bei ihr. Und nun — lesen Sie den Brief —“ — „Auch Therese!“ Schmerzlich nud leise kam es von seinen Lippen. „Nun?“ — „Geben Sie her —“

Der Senator setzte sich in den Stuhl, während der Justizrat ans Fenster trat und hinausschaute; zuerst ließ er den Brief wieder und wieder sinken, dann zerknitterten seine Hände das Papier, aber immer wieder hob er ihn und las. Er wurde ruhiger, welch goldene Zuversicht, welch schönes Vertrauen! Wie sie ihn liebte! Welch rechtlicher Sinn! Der Brief sank in des Reeders Schoß, der alte Mann saß ganz still, das Gesicht in den Händen verborgen; seine Seele blutete, aber sein Zorn war gebrochen. Der Justizrat hatte ihn beobachtet, nun kam er näher und setzte sich ihm gegenüber. „Nun lassen Sie uns vernünftig reden: zuerst die Familie, dann das Geschäft. Magna glaubt an ihren Verlobten, ich auch, hören Sie, seit ich diesen Brief Ihrer Tochter gelesen habe, glaube ich an ihn. Ein Mädchen, das so klar und ruhig ins Leben sieht, kennt den Mann, dem es sich zu eigen gibt, besser als wir. Die Depesche ist aus Boulogne, also abgeschickt, nachdem Magna mit Magnus gesprochen. Nun weiß sie Bescheid, — sie kann er nicht belügen, also — er ist unschuldig: nun bin ich überzeugt.“ — „Sie, nicht die Welt!“

(Fortsetzung folgt.)

zien tätig. Ihre Einführung auch in den anderen Teilgebieten ist eine brennende Frage. Die entsprechenden Gesetzentwürfe fand ich teilweise schon bearbeitet vor. Ich werde sie jetzt dem Sejm vorlegen.

Für den Schutz der Unabhängigkeit, der Unversehrtheit und der Würde der Republik sind bis jetzt entsprechende Weisungen des Gesetzes nicht vorhanden. Im ehemals russischen Teilgebiet wurde der Versuch gemacht, die Bestimmungen der dort geltenden Gesetze diesem Zweck anzupassen. Man kann diese Versuche nicht als gelungen bezeichnen. Ohne der Gesamtheit der Bestimmungen der künftigen Strafgesetzsammlung vorgreifen zu wollen, muß ich jetzt schon eine Vereinheitlichung auf diesem Gebiete der Rechtsprechung anstreben. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll demnächst dem Sejm zugehen.

In der jetzt beginnenden Sejmsession soll außerdem ein Entwurf über die Erweiterung der Zuständigkeit der Gerichte erster Instanz und über den Vorbereitungsdienst in der Justiz dem Parlament vorgelegt werden. An der Umgestaltung des Gehaltswesens in der Justizverwaltung wird gearbeitet. Auch damit wird sich der Sejm zu befassen haben. Zahlen können noch nicht genannt werden."

Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Justizminister nachdrücklich gegen die Vorwürfe der Parteilichkeit, die zuweilen gegen die Justizorgane erhoben wurden. „Gewiß ist der Richter und der Staatsanwalt zugleich Staatsbürger und hat selbstverständlich seine eigenen Anschauungen über die Bedürfnisse des Landes, aber selbstverständlich müssen sie bei Ausübung ihres Dienstes der Gerechtigkeit sich über alle subjektiven Anschauungen erheben, da gerade eine solche Unparteilichkeit die Voraussetzung der Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflicht ist. Diese Unparteilichkeit ist ein Hauptzug im Charakter jedes Richters, und die bloße Annahme des Fehlens dieser Unparteilichkeit ist für den Richter eine schwere Beleidigung."

Republik Polen.

† **Der Haushaltsvoranschlag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.** Im Ministerium für öffentliche Arbeiten sind die Arbeiten am Haushaltsvoranschlag bereits zu Ende geführt worden. In den nächsten Tagen wird der Haushaltsvoranschlag dem Finanzministerium zur Begutachtung vorgelegt werden. Das Budget sieht Kredite zur Erneuerung von Wegen und Brücken, weiter Kredite zur Aufrechterhaltung von Staatsgebäuden, zur weiteren Regulierung der Weichsel und zum Aufbau des Landes vor. Mit Rücksicht auf verschiedene umstrittene Punkte im Budget können genaue Ziffern noch nicht angegeben werden.

† **Vom Sejm.** Der „Przegląd Wieczorny" erfährt, daß die zweite Vollsitzung des Sejm am Donnerstag, dem 21. d. Mts., stattfinden wird. Am Mittwoch werden folgende Ausschüsse beraten. Der Verfassungsausschuß, der Finanz- und Haushaltsausschuß, der Auslands- und der Demobilisierungsausschuß.

† **Der Ministerrat** hat in seiner Montagsitzung unter anderen Angelegenheiten auch die Frage der Notbeihilfe für die Staatsbeamten und Funktionäre besprochen.

Tagung der deutschen Handwerker Polens.

* **Bromberg**, 18. September.

Gestern vormittag 10 Uhr wurde im Zivilkasino die zweite diesjährige Verbandsausschußsitzung des Verbandes und der Genossenschaften deutscher Handwerker in Polen eröffnet, über deren Verlauf wir der „Deutsch. Rundschau" folgendes entnehmen:

Zu Beginn der Sitzung hieß der Verbandsvorsitzende, Kleinitz-Bromberg, alle Anwesenden willkommen und erteilte dann Herrn Kinder das Wort zur Erstattung des Tätigkeitsberichtes.

Der Redner wies auf den Zweck des Verbandes hin, den notwendigen engen Zusammenschluß des deutschen Handwerks in Polen, und sprach von der Propaganda, die für den Verein durch das in diesem Jahre gegründete Vereinsblatt „Der deutsche Handwerker in Polen" betrieben wird. Der Verein ist bemüht, bei den Behörden aufklärend über die Wünsche und Beschwerden des Handwerks zu wirken. Von allgemeinem Interesse ist es weiter, daß in Zukunft Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten stattfinden sollen, ein Gedanke, der bereits im Frühjahr verwirklicht werden sollte, infolge gewisser Umstände aber wieder fallen gelassen wurde. Die Auskunftsstelle des Verbandes ist weiterhin sehr rege in Anspruch genommen worden, ebenso die Berufsberatungsstelle, die in der Stellenvermittelung hier im Inlande, wie auch bei der Abwanderung nach Deutschland, sowie hinsichtlich der Aufnahme von Lehrlingen in deutsche Fachschulen segensreich gewirkt hat. In den einzelnen Ortsgruppen werden als willkommene Neuerung polnische Sprachkurse abgehalten. Auch die Gründung einer Sterbe- und Unterstützungskasse ist zu begrüßen, die in nächster Zeit durchgeführt werden soll. Sehr zahlreich wurde der Verband bei der Beschaffung von Pässen und Ausfuhrgenehmigungen für Mitglieder in Anspruch genommen. Die Beschaffung der Ausfuhrgenehmigungen gestaltet sich nach Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen glücklicherweise leichter als bisher. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 2808. Es sind in der Berichtszeit 379 Mitglieder durch Abwanderung ausgeschieden, 108 neu hinzugekommen und 6 gestorben. In einigen Orten ist die Mitgliederzahl leider so schwach geworden, daß diese Ortsgruppen wahrscheinlich aufgelöst und den Nachbargruppen angeschlossen werden müssen.

Darauf erstattete der Kassenführer Herr Huch den Kassenbericht. Er stellte fest, daß der Zustand der Kasse recht traurig sei. Einen zahlenmäßigen Kassenbericht konnte er nicht liefern, da der Kasse große Schwierigkeiten durch das unpünktliche Einzahlen der Mitgliederbeiträge entstanden sind. Das Vermögen des Vereins beläuft sich gegenwärtig auf 129 000 M. polnisch, 2200 M. deutsch, abzüglich einiger noch ausstehender Beträge. Die Kosten für das Verbandsorgan betragen nach der augenblicklichen Preislage berechnet etwa eine Million Mark. Die Einnahmen durch die Anzeigen im Vereinsblatt reichen nur für die Portokosten und die zum Postversand nötigen Formulare. An den Kassenbericht schloß sich eine kurze Aussprache.

Hierauf hielt Dr. Schönbeck den angekündigten Vortrag: „Die deutsche Schule in Polen".

Sodann hielt Fröhlich-Bromberg einen Vortrag über das Thema: „Unsere Lehrlinge und wir." Er ging darin näher auf das Verhältnis des Lehrlings zum Meister ein, das in den letzten Jahren durch die Zeitumstände erheblich anders geworden sei als früher. Bei der Haltlosigkeit der heutigen Jugend habe der Lehrmeister ganz besonders die Verpflichtung, auf seine Lehrlinge erzieherisch einzuwirken, namentlich in moralischem Sinne. Ferner wurde angeregt, den Lehrlingen ein besseres Taschengeld zu zahlen, als es bisher üblich sei. An alle Punkte der Tagesordnung schloß sich eine Aussprache an. Mit dem Vortrag wurde die gestrige Verbandsausschußsitzung beendet, und folgte eine Festtafel mit Damen, die einen anregenden Verlauf nahm.

Nachmittags fand im „Volksgarten" in der Thorner Straße ein Gartenfest, verbunden mit Fahnenweihe der Ortsgruppe Bromberg statt. In einem feierlichen Akt wurde die Fahne, die bisher dem Gesangverein „Kornblume" gehörte (der bis auf wenige Mitglieder zusammengeschmolzen ist), der Ortsgruppe Bromberg übergeben. Herr Tschörner, der die Weiherede hielt, und Oberstleutnant Graebe fanden markige Worte, in denen sie die Fahne namentlich als ein Symbol der Einigkeit im Verbande näher kennzeichneten. Während der Feierlichkeit sang der Bromberger Gesangverein einige Bundeslieder. Das Gartenfest verlief sehr harmonisch und wurde nicht durch Wetterungunst gestört. Abends fand im Zivilkasino ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 19. September.

Achtung, deutsche Wähler!

Die Wahllisten zum Sejm und zum Senat liegen seit Freitag, 15. September, bis zum Donnerstag, 28. September, von 12 Uhr mittags bis abends 6 Uhr an den bekanntgegebenen Stellen zur Einsichtnahme aus. Jeder deutsche Wahlberechtigte ist verpflichtet, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Listen enthalten ist.

Rentenempfänger.

Wir brauchen dieses Wort nur zu hören, und sofort findet es in unserer Vorstellungswelt eine Fortsetzung. Die heißt: Hunger und Armut, Krankheit und Kälte, bitterstes Elend und stumm getragener Jammer. Als Schluß dieser Gedankenreihe müßte es dann noch heißen: und keine Hilfe. Aber meistens denkt man nicht zu Ende, sondern schließt anders ab: Das ist nun einmal ein Zeichen der Zeit, es geht Tausenden so, dann vergißt man es möglichst schnell und denkt an die Gegenwart und die Notwendigkeit des eigenen Erwerbs. Wenn doch aber recht viele das Wort Rentenempfänger nicht mehr losließe, sondern immer wieder im Herzen klänge und forderte: Du mußt helfen!

Zu den Unterstützungsbedürftigen des Wohlfahrtsamtes gehört ein alter Mann von 87 Jahren, seines Zeichens ein Maurer, er hat keine Familienangehörigen, keine Kinder, die ihn erhalten könnten, sondern ist einzig und allein auf seine Rente angewiesen. Bis vor kurzer Zeit belief sich seine Rente, — die neuerlich erfolgte Erhöhung ist nicht bekannt, sie ist aber sicher kaum nennenswert — 60.35 M. (in Worten: sechzig Mark und fünf und dreißig Pfennige.) Das ist nicht vielmehr als jetzt eine Straßenbahnfahrt kostet. Eine kleine Einnahme hat er noch dadurch, daß er sein Zimmer mit einem Mieter teilt. Arbeitsunfähig ist er schon seit langem, dazu kommen aber die unausbleiblichen Alterserscheinungen, das Asthma quält ihn schon seit Jahren, und er wünscht sich den Tod als eine Erlösung. Will wirklich niemand helfen, daß dieser arme Alte, der Zeit seines Lebens ehrlich, rechtschaffen und angestrengt gearbeitet hat, nun in seinen letzten Lebenstagen nicht mehr zu hungern, im Winter nicht zu frieren braucht? Es ist immer nur ein Beispiel aus der großen Fülle von Schilderungen der herzzerreißenden Not, das hier gebracht wird. Wenn es doch zu recht vielen Herzen spräche und die helfende Liebe weckte!

Der bevollmächtigte Minister Rauscher, der deutsche Gesandte in Warschau, trifft am Donnerstag, den 21. September zu informatorischen Zwecken in Posen ein. Die von einigen polnischen Blättern gebrachte Nachricht, daß Minister Rauscher hier an Beratungen über Fragen der nationalen Minderheiten teilnehmen will, entspricht den Tatsachen nicht. Dagegen will er sich während seines hiesigen Aufenthalts unter Anderm über die Frage der Fürsorgekommission unterrichten.

Die Gebühren für Pakete jeglicher Art, sowie für Wertbriefe sind nach einer Verordnung des Ministeriums der Posten und Telegraphen vom 30. August d. J., die mit dem morgigen Mittwoch, 20. September, in Kraft tritt, nicht in Briefmarken, sondern lediglich in bar in derselben Weise zu entrichten, wie dies bereits bei Postanweisungen gehandhabt wird. Paketkarten, die mit Briefmarken frankiert sind, werden von dieser Zeit ab nicht mehr angenommen.

Großes Theater. Heute, Dienstag, wird Verdis „Aida" mit der Warschauer Primadonna Helena Ruszkowska-Zboińska in der Titelrolle wiederholt. Die übrigen Hauptrollen sind mit Frl. Szafrańska (Amneris) und den Herren Urbanowicz, Woliński und Zawrocki besetzt. Musikalische Leitung: Direktor Stermich. — Mittwoch: „Cavalleria Rusticana" und „Bajazzo". — Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ul. Fredry 1.

X **Verlaufen** hat sich in der Schloßgegend die bei Verwandten in der ul. Kanałowa 10 (fr. Kanalstr.) von außerhalb zum Besuch weilende 11jährige Marja Rutnakowska. Nachrichten an das 9. Polizeikommissariat in der ul. Małeckiego 20 (fr. Prinzenstr.) erbeten.

X **Unfall.** An der ul. Wjazdowa (fr. Am Berliner Tor) wurde gestern durch die Unvorsichtigkeit eines Autozyklisten ein Droschkenpferd angefahren und nicht unerheblich verletzt.

X **Auf unaufgeklärte Weise verloren gegangen** ist einem Herrn ein goldener Siegelring mit schwarzem Stein und grünlichen Flecken und eingraviertem Wappen (Löwe mit geöffnetem Rachen). Nachrichten an die Kriminalpolizei, Zimmer 2, erbeten.

X **Die üblichen Taschendiebstähle.** Einer Dame wurden gestern auf dem Hauptbahnhofe eine goldene Damenuhr mit dem Monogramm M. S. und ein silbernes Armband im Gesamtwerte von 150 000 Mk. und einer Frau, die sich im Wartesaale 3. Klasse aufhielt, eine Handtasche mit 50 000 Mk. Inhalt gestohlen.

X **Beschlagnahmt** wurde, weil vermutlich aus einem Diebstahl herrührend, eine grüngestrichene Hängewage. Sie kann bei der 1. Abteilung der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Einbruchsdiebstähle.** Einer Zigarrenhandlung in der ul. Piotra Wawrzyniaka 3 (fr. Kaiser Friedrichstr.) wurden für 900 000 Mark Zigaretten und aus einer Wohnung in der ul. Gen. Prądzyńskiego 11 (fr. Gneisenaustr.) drei Uhren, zwei Ketten und 40 000 Mk. bares Geld gestohlen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 11 Dirnen und ein Betrunkener.

epv. **Rosenau, Kr. Mogilno,** 18. September. Zum dritten Male war unser Dorf Rosenau der Schauplatz eines größeren Kirchenfestes. Vor zwei Jahren hatten wir im September unsere Kirche als die erste evangelische Kirche unter polnischer Herrschaft eingeweiht. Im vorigen Jahre hatten sich im September eine größere Anzahl Evangelischer von nah und fern zu einem Kirchentage hier zusammengefunden; und in diesem Jahre hatten wir zu einem Bibelfest eingeladen. Den Vormittagsgottesdienst hielt Direktor Lic. Pastor Schneider aus Posen. Er legte der Predigt die Pfingstgeschichte der Apostelgeschichte Kap. 2 zugrunde und sprach von der Bibel als dem Buch Gottes, als dem Menschheitsbuch und als unser Buch. Gemeinde- und Chorgesang rahmten den Gottesdienst ein. Der Nachmittag brachte eine erhebende Nachfeier, bei der Pfarrer Schwertfeger über die Segenswirkungen der Bibel sprach und an einzelnen Beispielen zeigte, wie der Siegeszug der Bibel ein Segenszug geworden ist. Die Vorsitzende des Landesverbandes der Evangelischen Frauenhilfe, Frau Superintendent Rhode aus Posen, wandte sich dann noch an die Frauen und Mütter. Ihren ernsten warmherzigen Ausführungen lauschten die Zuhörer still und andächtig, schlug sie doch Töne an, die in vielen Herzen lebhaften Widerhall gefunden haben. Auch am Nachmittag wurde durch Gemeinde- und Chorgesang Abwechslung in die Feier hineingebracht. Die reichen Erträge der Sammlungen am Vor- und Nachmittag waren für die Verbreitung von Bibeln und für die Arbeit des Landesverbandes der Evangelischen Frauenhilfe bestimmt.

* **Bromberg**, 18. September. Eine schauerliche Entdeckung machte am gestrigen Sonntag vormittag eine alte Dame in der Prinzenstraße in ihrem Garten. Auf einem der Beete erblickte sie einen runden weißen Fleck, und als sie näher trat, sah sie zu ihrem Entsetzen, daß er ein Teil einer Kindesleiche war, während der übrige Körper noch mit Erde bedeckt war. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es die Leiche eines neugeborenen Kindes war, die wohl schon einige Monate in der Erde gelegen hatte.

* **Thorn**, 18. September. Donnerstag nachmittag ereignete sich vor den Barackenwohnungen am „Goldenen Löwen" in Thorn-Mocker, dem früheren Kriegslazarett D, ein furchtbares Explosionsunglück, dem drei junge Menschen zum Opfer fielen. Sie hatten auf dem Artillerie-Schießplatz einen Granatzünder gefunden und bearbeiteten ihn nun zu Hause mit einem Stein, um ihn auseinandernehmen zu können. Der Zünder, der scharf geladen war, explodierte erklärlicherweise und tötete drei Kinder sofort, während einige andere mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen.

Inhalt der „Denkwürdigkeiten Wilhelms II."

Berliner Blätter machen folgende Angaben über den Inhalt der demnächst erscheinenden Denkwürdigkeiten des früheren deutschen Kaisers:

Über seine Flucht nach Holland erklärt der frühere Kaiser, daß er sie erst nach heftigem Drängen der Generale vorgenommen habe, und zwar in der Absicht, nach wenigen Tagen zurückzukehren. Er läßt auch den Vorwurf durchblicken, einige der Armeeführer hätten ihn in der entscheidenden letzten Hauptquartiersitzung und der Besprechung im Garten des Hauptquartiers, als die Abdankung besprochen wurde, im Stich gelassen. Er läßt ferner durchblicken, daß Gröner im entscheidenden Moment die Stimmung der Heerführer ungünstig beeinflußt habe. Von Hindenburg und Ludendorff spricht der Kaiser in fast überschwänglichem Ton. Gewisse bekannte Differenzen persönlicher Art deutet er kaum an, sachliche Meinungsverschiedenheiten betont er dagegen stark.

Als Urheber des Zusammenbruchs erscheint in der Darstellung Wilhelms II., ohne daß er jedoch deswegen besondere Vorwürfe ausspricht, Prinz Max von Baden. Dieser öffnete der Revolution durch die völlig erfundene amtliche Nachricht von der Thronentsagung des Kaisers freie Bahn.

Besonders interessant ist derjenige Abschnitt des Werkes, den man in gewissem Sinne als Erwiderung auf Bismarcks dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen" ansprechen könnte. Der Kaiser bemüht sich zu beweisen, daß er keinesfalls auf die Entlassung Bismarcks hingearbeitet habe. Unverständlich ist dabei eine Andeutung des Kaisers über Versuche, die er in letzter Stunde durch dritte Personen gemacht habe, die Gegensätze mit Bismarck auszugleichen und die Entlassung zu vermeiden. In Bismarcks und auch in Boettichers Erinnerungen befindet sich darüber nichts. Schon Harden hat früher einmal die Vermutung ausgesprochen, daß persönliche Aufträge, die der Kaiser damals möglicherweise einzelnen Personen zum Zwecke der Vermittlung gegeben habe, von diesen einfach nicht ausgeführt worden seien, um den Sturz Bismarcks zu beschleunigen.

*

§ **Verlobung Kaiser Wilhelms II.** Die bevorstehende Verlobung des Exkaisers mit der Prinzessin Hermine Schönaich-Carolath wird vom Sachwalter der Hohenzollernschen Familie, Herrn von Berg, bekannt gegeben. Wie mitgeteilt wurde, sollen die Differenzen in der Hohenzollernschen Familie beseitigt und die Zustimmung zum Heiratsprojekt von allen Familienmitgliedern gegeben sei.

Briefkasten der Schriftleitung.

G. H. in Pr. 1. Wenn Ihr Anstellungsvertrag nichts anderes besagt, von dem Tage, an dem Sie Ihr dortiges Amt übernahmen. 2. Wenn nicht der Vertrag eine Bestimmung in diesem Sinne getroffen hat, nein.

Br. W. in K. 1. Es kann entweder auf eine Geld- oder eine Gefängnisstrafe oder auf beide gleichzeitig erkannt werden. 2. Unseres Dafürhaltens ja. 3. Dafür können Sie nicht haftbar gemacht werden.

O. D. Z. Unseres Erachtens könnte in Ihrem Falle unter den gegebenen Umständen eine Liquidation nicht in Frage kommen. Wenden Sie sich doch einmal an den Deutschtumsbund in Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. September 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	30 000—32 000	Fabrikkartoffeln .	1 800
Roggen	17 100—18 100	Speisekartoffeln .	2 500
Braugerste . . .	18 200—19 200	Felderbsen . . .	40 000—45 000
Hafer	19 000—19 500	Viktoriaerbsen .	50 000—54 000
Weizenmehl 65 %	50 000—52 000	Getreidestroh, lose	5 000
Roggenmehl 70 %	29 500—30 000	„ gepr.	5 500
Weizenkleie . . .	10 200	Heu, lose . . .	6 800
Roggenkleie . . .	10 200	„ gepr. . . .	7 500

Marktsituation geschäftslos. — Stimmung: ruhig.

Berliner Börsenbericht

vom 18. September.

Diskonto-Komm.-Anleihe	410.—	Polnische Noten	20.625
Danziger Priv.-Aktienbank	329.—	Auszahlung Holland . .	57 500.—
Ostbank	208.50	„ London . .	6600.—
Hartmann Masch.-Aktien	946.—	„ Neuyork . .	1492.50
Phönix	2925.—	„ Paris . . .	11 275.—
Schuckert	1005.—	„ Schweiz . .	27 900.—
Hapag	610.—	Koehlmann-Stärke . . .	1700.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	39.90	Ungarische Goldrente . .	3260.—
Auszahlung Warschau .	20.50		

= **Danziger Börse** vom 19. September. **Mittagskurse:** Polnische Mark 19½, Dollar 1385.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 19. September.

Die neuen Fernsprechgebühren.

Wir hatten in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes von einer bedeutenden Erhöhung der Fernsprechgebühren Kenntnis gegeben. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns hierzu folgende Einzelheiten mitzuteilen:

Vom 1. Oktober d. Js. werden auf Grund einer Verfügung des Post- und Telegraphenministeriums vom 28. August d. Js. die Abonnementspreise für Ferngespräche erhöht: Die neuen Gebühren sind folgende:

A. In Fernsprechnetzen bis zu 50 Teilnehmern 12 000 M., bei mehr als 51 bis 100 Teilnehmer 20 000 M., 101—200 Teilnehmer 22 000 M., 201—500 Teilnehmer 25 000 M., 501—1000 Teilnehmer 28 000 M., 1001—5000 Teilnehmer 30 000 M., 5001—10 000 Teilnehmer 32 000 M.

B. Gebühr für ein Einzelgespräch von 3 Minuten Dauer: Bei einer Entfernung bis zu 25 km 200 M., bis zu 50 km 400 M., bis zu 100 km 800 M., für jede weiteren 100 km je 400 M. Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben. Diejenigen Abonnenten, die mit der oben angegebenen Erhöhung des Abonnementspreises nicht einverstanden sind, können ihren Fernsprechanschluß zwei Wochen vor dem 1. Oktober kündigen.

Das vom 16. d. Mts. datierte amtliche Schreiben ist erst heute am 19. d. Mts., in unsere Hände gelangt. Für unsere Leser, die von dem Kündigungsrecht Gebrauch machen wollen, wäre infolgedessen die 14tägige Frist bereits verstrichen, aber auch selbst in dem Falle, wenn das Schreiben bereits am 16. d. Mts. hätte veröffentlicht werden können. Man darf demnach wohl erwarten daß von amtlicher Stelle an der 14tägigen Kündigungsfrist nicht strikte festgehalten werden wird.

Entlassung aktiver Unteroffiziere. Der Kriegsminister hat verfügt, daß Anträge um Entlassung, die von aktiven Unteroffizieren mit genügender Begründung an das Ministerium gerichtet werden, ausnahmsweise diesem Ministerium vorgelegt werden können.

X **Auf unerklärliche Weise abhanden gekommen** war einer Bromberger Firma dieser Tage ein Scheck über 723 860 Mark. Gestern erschien nun bei der Postsparkasse in Posen Laib Pincus und legte den Scheck vor. Da er sich über den rechtmäßigen Erwerb nicht ausweisen konnte, wurde er in Haft genommen und der Scheck beschlagnahmt.

p. **Moschin**, 18. September. Am gestrigen Sonntag nachmittag drangen Einbrecher in dem benachbarten Iłłowiec in die Sakristei der katholischen Kirche und stahlen einen goldenen Kelch und eine goldene Patene von bedeutendem Werte. Die Posener Kriminalpolizei ist den Einbrechern auf der Spur.

Sport und Jagd.

V **Herbst-Pferderennen in Posen.** Am Sonntag, dem 1. Oktober, beginnen in Posen die diesjährigen Herbst-Pferderennen. Es finden außer sechs Pferderennen zwei Trabrennen statt.

Der Trabrennverein ist am 2. September d. Js. zustande gekommen. Am 9. September wurde der Vorstand gewählt. An dem gleichen Tage wurden auch die Satzungen bestätigt.

Für die Sieger der einzelnen Rennen sind außer den üblichen Preisen eine ganze Reihe von Ehrenpreisen ausgesetzt, die in wertvollen Kunstgegenständen bestehen, so daß die Beteiligung eine sehr rege zu werden verspricht. Die Ehrenpreise sind bei der Firma „Kruk", ul. 27. Grudnia, ausgestellt.

V „Warta" gewann das Meisterschafts-Wettspiel am Sonntag gegen „Polonia" mit 3:1. Loth im Tor der Warschauer war ausgezeichnet disponiert, sonst wäre die Niederlage von „Polonia" noch größer ausgefallen.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Am 22. Juli d. Js. kündete im Anzeigenteil des „Pos. Tagebl." ein „Verband der Güterbeamten für die Provinz Poznań" ein Sommervergnügen in Strzeszyn (früher Sedan) an. Diese Anzeige rief begreiflicherweise bei vielen Verwunderung und Kopfschütteln hervor.

Die Anzeige ist keineswegs von uns aufgegeben worden, denn erstens gibt es einen Verband der Güterbeamten für die Provinz Poznań nicht (eine Provinz Poznań gab es überhaupt noch nie), und zweitens hieß unser Verband zwar früher „Verband der Güterbeamten für die Provinz Posen, eingetragener Verein", heute heißt er „Verband der Güterbeamten für Polen, Zapisane Towarzystwo".

Es wird kein vernünftig denkender Mensch von der Leitung unserer Organisation annehmen, daß wir die Mitglieder der ganzen früheren Provinz Posen zum Vergnügen einladen und dies in einer Zeit, wo jeder landwirtschaftliche Beamte pekuniär um sein Dasein kämpft. Nachdem wir nun der Sache auf den Grund gegangen sind, haben wir feststellen können, daß ein Herr Tschonert, Inhaber eines Delikatessengeschäfts, der Aufgeber der Anzeige war, nach seiner Angabe im Einvernehmen mit Herrn Trogisch und Genossen. Bekanntlich hat Herr Tschonert in Strzeszyn einen Vergnügungsplatz gepachtet.

Wir halten es für unsere Pflicht, die Angelegenheit aufzuklären, und bemerken, daß wir uns weitere Schritte gegen diese Herren vorbehalten. Der Vorstand des Verbandes der Güterbeamten für Polen Z. T. P. Wiesner 1. Vorsitzender.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Theodor Kanta; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.